Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 67 (1987)
Heft: 9

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Reagans Sicherheitspolitik

Abschreckung, Abschirmung, Abrüstung

Seit dem Beginn des Irangate-Skandals ist das Prestige von Präsident Reagan im In- und Ausland massiv geschrumpft. Zwar ist er als Mensch bei seinen Mitbürgern nach wie vor beliebt. Aber anlässlich des Gipfeltreffens von Venedig im Juni 1987 war — viele Zeitungskommentare belegen es — die einst starke Ausstrahlung des Präsidenten nicht mehr da. Das Vorgefühl vom Ende einer Ära breitete sich aus, obschon Reagans Nachfolger sein Amt erst im Januar 1989 antreten wird. Bereits ist die Versuchung da, eine vorläufige Bilanz der ablaufenden Administration zu ziehen. Zwar kann sich noch vieles ändern, gerade im Zusammenhang mit den weiterlaufenden Ermittlungen und Anhörungen der Kongressausschüsse über die Waffenverkäufe an den Iran und die geheimen Geldverschiebungen zugunsten der nicaraguanischen Contras. Auch ist die Möglichkeit einschneidender Abrüstungsvereinbarungen so nahe wie schon lange nicht mehr, und ein Gipfeltreffen mit Unterzeichnung weitreichender Abkommen könnte noch in diesem Jahre stattfinden. So unbestimmt ist die Zukunft, so weit offen die Skala möglicher sicherheitspolitischer Entscheide bei einem Präsidenten, dessen Bemühungen nach seinem Amtsantritt ausschliesslich auf massive Steigerung der amerikanischen Streitkräfte ausgerichtet waren und der geringes Interesse an Abrüstungs- und Rüstungskontrollmassnahmen bekundete[1].

Der gemeinsame Nenner von Aufrüstungsmassnahmen zu Beginn und Abrüstungsbereitschaft am Ende der Reagan-Jahre heisst Sicherheit für Amerika und die westliche Welt. So widersprüchlich die einzelnen Bestandteile der Sicherheitspolitik der USA unter Reagan aussehen mögen, sie sind letztlich doch Bestandteile einer zusammengehörigen Politik, deren Ziel es ist, die Sicherheit des eigenen Landes, seine politische Freiheit und seine wirtschaftliche Prosperität sowie Amerikas Ansehen in der Welt und seine Stellung als westliche Führungsnation zu behaupten[2].

Die amerikanische Sicherheitspolitik der Reagan-Jahre kann unter den drei Begriffen *Abschreckung, Abschirmung* und *Abrüstung* zusammengefasst und diskutiert werden.

Verbesserung der *Abschreckungsfähigkeit* durch Vermehrung der Streitkräfte und Modernisierung der Nuklearwaffen war das Markenzeichen der ersten Reagan-Jahre. Mit der berühmt gewordenen SDI-Rede vom 23. März 1983 führte Reagan das neue — defensiv gemeinte — Element der *Abschirmung* in die sicherheitspolitische Debatte ein, ein zwar nicht neues, aber in seinen strategischen und sicherheitspolitischen Langfristwirkungen äusserst brisantes Element. Und schliesslich schaffte es Reagan — entgegen allen Voraussagen — die sicherheitspolitische Debatte auch im Bereich der *Rüstungskontrolle und Abrüstung* in neue und ungewohnte

Gebiete zu lenken. Zwar geht diese letzte Wendung auf die seit Anfang 1986 nicht abreissenden Initiativen des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow zurück, insbesondere auf dessen Überraschungspaket von Reykjavik, aber Reagan konnte diese Anregungen doch mit dem Hinweis aufnehmen, dass die Sowjetunion mit der Null-Lösung nur auf seine eigenen Vorschläge von 1981 eintrete.

Kontrast zu den siebziger Jahren

Die siebziger Jahre waren für die USA ein krisenhaftes Jahrzehnt, ein Jahrzehnt des Prestige-, Macht- und Einflussverlustes nach aussen, zudem ein Jahrzehnt schwerer innergesellschaftlicher Auseinandersetzungen und des Beginns heftiger Debatten um die Rolle und Verantwortlichkeit des Staates dem einzelnen gegenüber. Die Administration Reagan versprach, diese Krisen zu überwinden, Amerika wieder stark, respektiert, als Führungsnation anerkannt und wirtschaftlich blühend zu machen und den Einfluss des Staates zugunsten des einzelnen zurückzudrängen.

Auch die sicherheitspolitischen Anstrengungen der Reagan-Administration müssen vor diesem Hintergrund gesehen werden.

Zwei Konzeptionen von Sicherheit

Ausgangspunkt des sicherheitspolitischen Denkens der Administration Reagan war die Ernüchterung nach den unbefriedigenden Resultaten des Entspannungsjahrzehntes der siebziger Jahre. Zwei Konzepte von Sicherheit prallten aufeinander. In Vietnam hatte das Grossmachtdenken der USA eine tiefe Erschütterung erfahren, deren Stimmung sich in der Nixon-Doktrin (1969) und in der War Powers Act (1973) niedergeschlagen hatte, die beide dem Einsatz militärischer Machtmittel durch den amerikanischen Präsidenten enge Grenzen zogen. Das Sicherheitskonzept der unausweichlichen Konfrontation, die zwecks Eindämmung des Gegners auch den Einsatz von militärischen Machtmitteln erlaubte, schien die USA zu einem sinnlosen Krieg verführt, das Sicherheitskonzept selbst untergraben zu haben. Sicherheit — so schien die Lehre zu lauten — konnte nicht mehr allein und aus eigenen Kräften erreicht werden. Das Vietnam-Trauma und die während der Phase der Entspannungspolitik Tatsache gewordene sowjetische Nuklear-Parität begünstigten somit das andere Sicherheitskonzept der unteilbaren Sicherheit bzw. der notwendigen Kooperation.

Während der siebziger Jahre war von den Präsidenten Nixon, Ford und Carter der Akzent auf Verhandlungen mit der Sowjetunion gelegt worden. Abkommen zur Rüstungsbegrenzung waren angestrebt und mit SALT I und SALT II auch abgeschlossen worden. Gegen diese Tendenz wehrten sich verschiedenste konservative Gruppierungen, die grundsätzlich an der Kooperationsbereitschaft der Sowjetunion und an der Glaubwürdigkeit von Abmachungen mit ihr zweifelten [3].

Ende der siebziger Jahre wirkten verschiedene Entwicklungen zusammen, um dieser Gruppe zum Erfolg zu verhelfen und zu einem neuerlichen Auswechseln des Sicherheitskonzeptes zu führen. Der Sturz des Schahs, die durch die Medien plötzlich hochge-

spielte Stationierung einer sowjetischen Kampfbrigade auf Kuba, die demütigende Geiselnahme des amerikanischen Botschaftspersonals in Teheran und schliesslich — als Höhepunkt, knapp vor Jahresende 1979 — die sowjetische Invasion von Afghanistan führten zu einem radikalen Stimmungsumschwung im Weissen Haus, im Kongress und in der Öffentlichkeit. Auch die Administration Carter betonte jetzt nicht mehr die Zeichen der sowjetischen Kooperationsbereitschaft, sondern die Tatsache, dass die Sowjetunion während der Entspannung und trotz deutlicher amerikanischer Versöhnungsgesten (u.a. Verzicht auf den Bau des Überschallbombers B-1 und auf die Neutronenbombe) ihre nukleare und konventionelle Rüstung gleichmässig weiter vorangetrieben und insbesondere im Bereich der Mittelstreckenraketen mit den SS-20 eine dem Gebiet der Entspannung radikal widersprechende, neue und gefährliche Komponente in das delikate Spiel der Machtfaktoren in Europa eingeführt habe.

Die Grossmachtmüdigkeit als Folge des Vietnamtraumas schwand, die konservative Grundstimmung gewann die Oberhand. SALT II blieb liegen; statt dessen proklamierte Präsident Carter im Januar 1980 den Persischen Golf, von dessen Öl die westliche Welt — vor allem die amerikanischen Verbündeten in Japan und Europa — abhing, zur vitalen Interessenzone der USA und forderte ein stark erhöhtes Verteidigungsbudget u.a. zum Aufbau einer «Schnellen Eingreiftruppe» (Rapid Deployment Force, RDF) für Südwestasien[4]. So zeigte sich der Wechsel im sicherheitspolitischen Denken an. Carter kam allerdings nicht mehr dazu, diesen Wandel durchzuführen.

Neue Akzente der ersten Administration Reagan

Der überwältigende Wahlsieg Ronald Reagans über den amtierenden Präsidenten Carter zeigte deutlich, wie allgemein verbreitet der Wunsch nach Änderung war — Änderung auch des sicherheitspolitischen Konzeptes. Nach einjähriger Vorbereitung und eingehender Beurteilung der Lage veröffentlichte die Administration Reagan zu Beginn des Jahres 1982 ihr strategisches Grundlagendokument in Form des Einleitungskapitels von Verteidigungsminister Weinbergers Jahresbericht an den Kongress[5]. Die erste und vordringlichste Zielsetzung Reagans, die militärische Macht der USA nach einem Jahrzehnt der Vernachlässigung wiederherstellen zu wollen, wurde darin konkretisiert und der Antrag auf noch über Carters Antrag hinausgehende massive Erhöhung der Verteidigungsausgaben gestellt.

Weinberger nannte in seinem Bericht an den Kongress folgende Leitgedanken der neuen Administration zur Planung der Sicherheitspolitik:

1. Entgegen den Erwartungen des Westens ist die *Rolle der militärischen Macht* in der Welt nicht kleiner geworden. Die Sowjetunion hat ihre militärische Rüstung trotz der Entspannungspolitik konstant vorangetrieben. Und da ihre langfristigen Zielsetzungen nicht mit denjenigen des Westens vereinbar sind, erfordert die globale sicherheitspolitische Lage intensive Anstrengungen der USA, die Fähigkeit zur Abschreckung von Bedrohungen aufrechtzuerhalten und das ungünstig veränderte Kräfteverhältnis in der Welt zu korrigieren. Die *Aufwendungen* dafür müssen entsprechend *vergrössert* werden.

2. Der *Bereitschaftsgrad* der Streitkräfte der USA und ihrer Verbündeten — der angesichts der defensiven Ausrichtung selbstverständlich hoch sein sollte — ist ungenügend und muss durch rasches und geplantes Reagieren auf Warnzeichen, durch ständige Einsatzbereitschaft, zügigere Mobilmachungsverfahren und durch Planungen für eine schnell mögliche Umstellung auf Kriegsproduktion für den Verteidigungsfall verbessert werden.

3. Es war falsch, bisher nur mit einem kurzen Krieg zu rechnen. Korea und Vietnam lehren, dass konventionelle Kriege auch im Nuklearzeitalter lange dauern können. Auch wenn die amerikanischen Verteidigungsvorbereitungen nach wie vor auf Verhinderung eines Krieges durch Abschreckung ausgerichtet sind, muss die Planung doch mit der *Möglichkeit eines langen Krieges* rechnen und daran denken, dass mangelndes Durchhaltevermögen einen Gegner geradezu einladen könnte, ein Risiko einzugehen.

4. Die einstige nukleare Überlegenheit der USA hat sich in eine *nukleare Parität* abgeschwächt. Diese muss unter allen Umständen gewahrt werden, da nukleare Streitkräfte nach wie vor vier wichtige Aufgaben zu erfüllen haben: sie müssen a) den Gegner von einem nuklearen Angriff abschrecken; b) ihn von einem grösseren konventionellen Angriff abschrecken (insbesondere auch von einem konventionellen Angriff auf die Verbündeten in der NATO); c) der Beendigung eines grösseren Krieges unter günstigen Bedingungen dienen können; und d) eine nukleare Erpressung der USA oder ihrer Verbündeten unwirksam machen. (Chruschtschow hatte schon 1956 gedroht — als die sowjetische Nuklearmacht noch in den Anfängen steckte —, London und Paris mit Atombomben zu belegen, um den Rückzug von Suez zu erzwingen.) Ein umfassendes Modernisierungsprogramm sollte die Nuklearstreitkräfte in die Lage versetzen, diesen Aufgaben genügen zu können. Gleichzeitig sollte die Absicherung gegen die Gefahr von Unfällen und unerwartetem Versagen verbessert und die Abhängigkeit von den Nuklearmitteln durch *Verstärkung der konventionellen Streitkräfte* verringert werden.

5. Die USA sollten sich wieder klarer auf ihr Wesen und ihre Tradition als *maritime Grossmacht* (im Gegensatz zur Landgrossmacht Sowjetunion) besinnen. Die Verbindungen der USA zu Rohstoffquellen und Absatzmärkten spielen eine weit bedeutendere Rolle für die USA als für die in praktisch allen Rohstoffbelangen autarke Sowjetunion[6]. Deshalb wurde ein umfassendes Modernisierungs- und Neubauprogramm in Aussicht genommen mit der Zielvorgabe einer 600-Schiffe-Marine bis Mitte der achtziger Jahre. Durch den raschen Ausbau der Marinebasis Diego García und anderer Stützpunkte sollte die Präsenz von amerikanischen Seestreitkräften vor allem im Indischen Ozean verstärkt werden. Die Marine vor allem sollte eine Strategie der «horizontalen Eskalation» und der *Fähigkeit zur globalen Kriegführung* ermöglichen, d.h. der Fähigkeit, bei einem Angriff der Sowjetunion einen Gegenangriff an einer Schwachstelle des Angreifers auszulösen — unter Umständen weit entfernt vom Ort des ursprünglichen Angriffs. Eine Verlagerung der Allokation von Mitteln auf den Marinebereich zulasten der direkten amerikanischen Präsenz in Westeuropa wurde angedeutet[7].

6. Die westeuropäischen und die

japanischen Industrien können ohne das Erdöl der Golfstaaten nicht auskommen, sind aber offensichtlich nicht in der Lage oder nicht gewillt, den Ölnachschub mit eigenen Mitteln sicherzustellen. Die amerikanischen Seemittel sind — allein — für diese Aufgabe nicht ausreichend. 1979 zeigte es sich, dass die USA den damaligen dramatischen Veränderungen im Iran und in Afghanistan ohne Interventionsmöglichkeit gegenüberstanden. Amerika hat sich in den siebziger Jahren *zu sehr auf Europa konzentriert* und darüber die Schaffung einer flexiblen Reserve verpasst. Deshalb hat die *Realisierung einer mobilen Reserve* in Form der Schnellen Eingreiftruppe (Rapid Deployment Fore, RDF) hohe Priorität.

7. Um die Abschreckungskraft der NATO und eine starke Vorneverteidigung zu erhalten, gleichzeitig aber die Lasten der Verteidigung Westeuropas fairer zu verteilen, sind beschleunigte Bemühungen um eine bessere *Lastenverteilung* und um eine *qualitative Verbesserung der amerikanischen und alliierten Streitkräfte in Westeuropa* erforderlich.

8. Im Bereich der *Rüstungskontrolle* schliesslich erinnerte Weinberger an das umfassende Angebot Reagans vom 18. November 1981[8], das u.a. bereits die *Null-Lösung für die Mittelstreckenraketen* enthalten hatte. Trotz der massiven Enttäuschungen der Entspannungsjahre sei die Kooperationsbereitschaft der USA ungebrochen, den gegenwärtigen Rüstungsstand in einer gerechten, ausgewogenen und verifizierbaren Form wesentlich zu vermindern, und die USA hielten trotz der gegenwärtigen ernsten Schwierigkeiten an diesem langfristigen Ziel fest. Hingegen lägen bloss «kosmetische» Abkommen, die lediglich den weiteren Aufbau der sowjetischen Militärmacht legitimieren würden, nicht im nationalen Interesse der USA.

Das *Ziel dieser Leitideen* war klar und entsprach den Äusserungen des Präsidenten ebenso wie den Erwartungen der Wähler, die Reagan 1980 ins Weisse Haus gebracht hatten: Amerika sollte wieder «number 1», anerkannte und respektierte Führungsmacht der westlichen Welt, werden. Amerika hatte weltweite — nicht nur europäische — Interessen und musste seine Mittel entsprechend diversifizieren. Amerika musste sich einerseits von den Illusionen des Entspannungsjahrzehnts befreien und den von der Sowjetunion in dieser Zeit gewonnenen Rüstungsvorsprung wieder wettzumachen versuchen[9], anderseits aber blieb weiterhin das traditionelle amerikanische Langfristziel einer Welt ohne Krieg wegleitend[10].

Die Rüstungskontroll-Abkommen der siebziger Jahre — SALT I 1972 und SALT II 1979 — hatten nach dieser Auffassung weder den kurzfristigen noch den langfristigen amerikanischen Interessen gedient, sondern die Sowjetunion hatte die Konzessionsbereitschaft und Führungsschwäche der USA ausgenützt, um die eigene militärische Rüstung und damit Macht zu vergrössern. Die Lehre aus diesem Tatbestand war klar: Verhandlungen auf der Basis von gutem Willen zeitigten keine befriedigenden Resultate. Nur wenn aus einer Position der Stärke verhandelt wurde, konnte man mit wirklichen Konzessionen der Gegenseite rechnen. Das bedeutete, dass zunächst die Wiederherstellung der nationalen Stärke Priorität haben musste und Rüstungskontrollverhandlungen erst aufgrund der zurückgewonnenen mili-

tärischen und sicherheitspolitischen Respektabilität Aussichten auf wirklichen Erfolg haben würden.

An der Beurteilung dieses Konzeptes schieden sich die Geister. Während die offizielle Sprechweise — am deutlichsten geäussert durch Präsident Reagan, Verteidigungsminister Weinberger oder die Aussenminister Haig und Shultz — die siebziger Jahre immer wieder als «Jahrzehnt der Vernachlässigung» darstellten und die eigenen Rüstungsanstrengungen als sorgfältig ausgewogenes «Aufholen» bezeichneten[11], warfen konservative Kritiker der Administration Reagan mangelnden Realismus, Konzeptlosigkeit und damit verbundene Verschwendung vor[12]. Auf der andern Seite bemängelten liberale Kritiker, dass die Regierung erstens die Schwäche der amerikanischen Rüstung weit überzeichnet habe, dass sie zweitens von der naiven Vorstellung ausgehe, man könne mit militärischer «hardware» und technischen Mitteln Sicherheit kaufen, und dass sie drittens nicht bereit sei, das grundlegende politische Problem der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen neu und vorurteilsfrei zu überdenken[13].

Was wurde erreicht?

Damit ist die grundsätzliche Frage nach dem Leistungsausweis gestellt: Was haben die beiden Administrationen Reagan im Bereich der Sicherheitspolitik bis heute wirklich geleistet? Welche ihrer Ziele sind erreicht? Entscheidend ist die Beurteilung der Frage, ob Amerika heute stärker, anerkannter und insgesamt sicherer sei als 1980.

Ausgangspunkt des sicherheitspolitischen Denkens und Planens des Reagan-Teams war die nicht in Zweifel gezogene Realität eines harten Machtkampfes zwischen letztlich unversöhnlichen, in ihren grundlegenden Werten nicht kompromissfähigen Wertsystemen. In diesem Wirklichkeitsbild gab es keinen Ersatz für Stärke. Sicherheit liess sich nicht allein durch internationale Absprachen gewinnen. Sicherheit musste notfalls mit Machtmitteln verteidigt werden. Die Verstärkung der militärischen Rüstung nahm deshalb von Anfang an einen zentralen Platz in der sicherheitspolitischen Planung ein, wie übrigens drei von vier Amerikanern zu dieser Zeit eine Verstärkung der Streitkräfte und eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben ausdrücklich wünschten[14]. Entsprechend rasant stiegen die Budgetforderungen von Verteidigungsminister Weinberger gegenüber den siebziger Jahren[15], bis mit der Bewilligung des Rekordbudgets von 1985 die obere Grenze erreicht wurde und der Trend sich — unter dem Einfluss des Gramm-Rudman-Hollings-Gesetzes zur Reduktion des Budgetdefizits bis 1991 — wieder nach unten zu wenden begann[16].

Amerika ist heute fraglos militärisch stärker als im Jahre 1980. Es herrscht Übereinstimmung darüber, dass die amerikanischen Streitkräfte aller Bereiche heute *besser ausgebildet, besser ausgerüstet und stärker motiviert* sind als vor der Zeit Reagans. Die Erholung des nationalen Selbstbewusstseins, die sich bei so verschiedenen Anlässen wie der Grenada-Aktion (Oktober 1983), den Triumphen amerikanischer Sportler anlässlich der Olympischen Spiele von Los Angeles (Sommer 1984) und bei der «Geburtstagsfeier» der Freiheitsstatue in New York (Juli 1986) manifestieren konnte, spiegelte sich auch in einer besseren Rekrutierungssituation für die Streitkräfte: im Gegensatz zur unmittelbaren Nach-

Vietnamzeit wurde es wieder attraktiv, Dienst zu leisten; es meldeten sich wieder besser motivierte und besser vorgebildete Freiwillige. Der Patriotismus, der in der Vietnamzeit einer nagenden und teilweise schuldbewussten Selbstbefragung gewichen war, wurde von Reagan rehabilitiert und durfte wieder mit Stolz zur Schau getragen werden.

Der *Bereitschaftsgrad* gilt heute allgemein als besser, vor allem durch ein breites Modernisierungsprogramm in allen Bereichen der konventionellen Ausrüstung und Bewaffnung, aber auch durch Verbesserung der Mobilmachungsvorkehrungen und durch Vergrösserung der Vorräte an Ausrüstungsgütern und Munition, die z.T. bereits vorausgelagert sind, sowie durch Verbesserung der Verbindungen[17]. Damit ist nicht nur eine raschere Verfügbarkeit der Kräfte erreicht worden, sondern Weinberger fühlt sich auch dem Ziel eines vergrösserten Durchhaltevermögens näher.

Um die Sicherstellung der nuklearen Parität zu garantieren, wurde schon 1981 ein umfassendes *nukleares Modernisierungsprogramm* angekündigt, das sowohl die Einführung der neuen Interkontinentalrakete (Intercontinental Ballistic Missile, ICBM) mit der Bezeichnung MX (abgeleitet von Missile Experimental, offizielle Bezeichnung lautet indessen «Peacekeeper») mit ihren zehn Gefechtsköpfen wie auch die Einführung der kleineren, mobilen und nur mit einem Gefechtskopf bestückten ICBM «Midgetman» enthielt. Daneben sollten in allen drei Bereichen der nuklearen Triade Modernisierungen vorgenommen werden, u.a. durch die Einführung des neuen Bombers B-1 und der neuen Unterseeboote der Ohio-Klasse, bestückt mit den neuen Trident-II SLBM's (Submarine Launched Ballistic Missiles). Mittlerweile sind die ersten von 50 MX — allerdings in alten Minuteman-Silos — installiert worden, das erste von fünf Geschwadern B-1-Bomber ist in Dienst gestellt worden, ebenso sind fünf Unterseeboote vom Ohio-Typ in Dienst gestellt worden. Aber die Midgetman-Rakete, die Trident-II, der neue Marschflugkörper ACM (Advanced Cruise Missile) und der Stealth Bomber ATB (Advanced Technology Bomber) sind immer noch in Entwicklung.

Die Reagan-Doktrin

Die *Bereitschaft zum Einsatz der militärischen Mittel,* die in der Weltöffentlichkeit viel zur Ausbreitung antiamerikanischer Gefühle beitrug, war in der Theorie grösser als in der Praxis. Zwar lösten die Militäraktionen gegen die Karibikinsel Grenada (25. Oktober 1983), gegen das ägyptische Verkehrsflugzeug mit den «Achille-Lauro»-Entführern (11. Oktober 1985) und gegen Libyen (15. April 1986) auch bei den Regierungen verbündeter und befreundeter Nationen Befremden und in der Öffentlichkeit negative Reaktionen aus. Aber es wäre übertrieben, von einer forschen oder gar expansiv-militaristischen Politik der Administration Reagan zu sprechen. So zogen sich die USA möglichst unauffällig aus ihrem aktiven Engagement im Nahen Osten (im Rahmen der Internationalen Friedenstruppe im Libanon) zurück, nachdem — oder obschon — in den beiden Bombenanschlägen von April und Oktober 1983 rund 300 Amerikaner (Angehörige des amerikanischen Kontingents der internationalen Friedenstruppe und des Botschaftspersonals von Beirut) ums Leben gekommen waren. Auch

die amerikanischen Truppen, die Grenada auf Aufforderung einiger Mitglieder der Organisation Ostkaribischer Staaten (OECS) im Oktober 1983 eingenommen hatten, verliessen die Insel bald wieder (die letzten 35 im Dezember 1985), nachdem die Ansätze zur Errichtung einer kubanischen «Operationsbasis» in der Karibik zerstört worden waren [18].

Die sogenannte *«Reagan-Doktrin»,* die von Reagan nie ausdrücklich als «Doktrin» formuliert, sondern von Kommentatoren aus seiner Rede vom 6. Februar 1985 abgeleitet worden war, forderte zwar die offene Unterstützung anti-kommunistischer Widerstandsbewegungen, insbesondere in Nicaragua, Afghanistan, Kambodscha und Angola, aber das aktive Zurückrollen des kommunistischen Einflusses blieb trotz einiger Kreditbeschlüsse des Kongresses zugunsten der Widerstandskämpfer in Afghanistan, Kambodscha und zugunsten der Contras in Nicaragua fast ebenso weitgehend Theorie wie dreissig Jahre früher die «roll-back», Politik von John Foster Dulles [19]. Die Mehrheit des Kongresses wachte sorgfältig darüber, dass die Regierung kein Engagement eingehen konnte, das die USA in auch nur entfernt vietnamähnliche Verwicklungen hätte stürzen können. Insbesondere hinsichtlich Nicaragua war der Kongress nicht bereit, zu einer aktiven Politik des Umsturzes der sandinistischen Regierung Hand zu bieten. Er wandte sich in aller Deutlichkeit gegen die Verminung der nicaraguanischen Häfen durch die CIA und verbot 1984 jede offizielle Hilfe der USA an die Contras. Erst im Juni 1986 wurden 100 Millionen Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe für die Contras bewilligt. Praktisch zum gleichen Zeitpunkt aber kam mit dem Abschuss eines «privaten» amerikanischen Transportflugzeugs mit Waffen für die Contras und der Gefangennahme von Eugene Hasenfus langsam der Stein der *Iran-Contra-Affäre* ins Rollen. Am 25. November enthüllte Justizminister Meese erstmals die Umleitung von Geldern aus geheimen Waffenverkäufen an Iran nach Mittelamerika, worauf Sicherheitsberater Poindexter zurücktrat und dessen Assistent North entlassen wurde. Aber das volle Ausmass des Versuches von Organen des Nationalen Sicherheitsrates (möglicherweise in weitgehendem Einverständnis mit dem Präsidenten), in Nicaragua doch gemäss der «Reagan-Doktrin» vorzugehen, während der Kongress allen amerikanischen Aktivitäten in Nicaragua genaue Grenzen zu ziehen wünschte, wird sich erst nach Abschluss der Untersuchungen des Sonderausschusses des Kongresses zeigen.

Und die Pershing II?

Es wäre auch ein Missverständnis, die *Stationierung der 108 modernisierten amerikanischen Mittelstreckenwaffen Pershing II und der 464 Marschflugkörper* in Europa als militaristische Geste der Administration Reagan zu verstehen. Abgesehen von den europäischen — bundesdeutschen — Wurzeln des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 wurde die Modernisierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Europa aus amerikanischer Sicht nie als militärisches Äquivalent zu den sowjetischen SS-20 verstanden (was sie ihrer viel geringeren Zahl nach auch nie sein konnten), sondern als politische Demonstration der Bereitschaft, durch eine lückenlose Verzahnung aller nuklearen Mittel die Eskalationsgefahr für einen allfälligen Angreifer ins

Unkalkulierbare zu erhöhen und durch diese enge Einbindung auch des amerikanischen ICBM-Potentials in die Abschreckungsgleichung die Sicherheit Westeuropas zu erhöhen. Es war für amerikanische Politiker schwer zu verstehen, dass diese engere Bindung der USA an das Schicksal Europas und das damit verbundene erhöhte Risiko für die USA in Europa konstant als Sicherheitsschmälerung verstanden und mit z.T. intensivem Anti-Amerikanismus beantwortet wurde. Aber die europäische Reaktion war wohl mitkonditioniert worden durch das frühere unüberlegte Reden des Präsidenten selbst und seines Aussenministers Haig von «nuklearem Warnschuss» und von «begrenztem Nuklearkrieg»[20]. Die Abhängigkeit Europas vom amerikanischen Nuklearschirm war indessen unter den herrschenden Kräfteverhältnissen im konventionellen Bereich eine lang bestehende Tatsache, die nicht bestritten, sondern höchstens durch die Vermehrung der konventionellen Abwehrkräfte durch die Europäer selbst verändert werden konnte. NATO-Europa ächzte jedoch bereits unter den Forderungen nach Lastenausgleich, und keine europäische Regierung sah irgendeine Möglichkeit, die Ausgaben für die konventionelle Verteidigung substantiell zu erhöhen. Ob eine Null- oder Doppelnull-Lösung, d.h. eine massive Reduktion der nuklearen Abschreckungskräfte in Europa, eine Veränderung dieser Haltung erzwingen würde, ist zurzeit ungewiss, es ist aber wenig wahrscheinlich.

Insgesamt gilt die militärische Funktionsbereitschaft der NATO heute von einem technischen Standpunkt aus als sehr gut. Die politischen Spannungen und Interessenunterschiede zwischen den USA und Westeuropa sind hingegen gerade im Zeichen der nuklearen Abrüstung nicht zu übersehen; sie werden die Staaten Westeuropas vielleicht noch stärker zu einer Definition ihrer eigenen Sicherheitsinteressen und zu einer gemeinsamen Planung ihrer Sicherheitspolitik nötigen[21]. Die Komplexität der Probleme geht aus der intensiven Debatte hervor, die die Vorbereitung eines nuklearen Abrüstungsabkommens seit Reykjavik umrahmt und die sich in einem weiten Spektrum von euphorischen Hoffnungen bis zu düstersten Prognosen über die Zukunft eines abgekoppelten und denuklearisierten Europa bewegt.

Die Strategische Verteidigungsinitiative

Der unkonventionellste Teil der Reaganschen Sicherheitspolitik war sein Vorschlag vom März 1983, ballistische Raketen mit nuklearen Waffen durch ein zum Teil im Weltall wirkendes System von strategischen Abwehren «unschädlich und überflüssig» zu machen. Ziel seiner Vision war nichts weniger als die Rückkehr in einen Zustand der Sicherheit, wie er für Amerika vor dem Raketenzeitalter normal gewesen war. Damals hatten zwei breite Ozeane jede unmittelbare Gefährdung ferngehalten. Jetzt sollten modernste, zum Teil noch gar nicht existierende Technologien ballistische Interkontinentalraketen abfangen und so zur Wiederherstellung der allgemeinen Sicherheit verhelfen.

Reagans Rede wurde zunächst wenig beachtet oder als blosse Science-Fiction-Phantasie — «Star Wars» — belächelt. Es erwies sich aber bald, dass Reagan es ernst meinte und gewillt war, beträchtliche Summen ins Verteidigungsbudget aufzunehmen, um die Grundlagenforschung in allen frag-

lichen Bereichen bis zur Entscheidung der Frage zu fördern, ob eine solche Verteidigung überhaupt möglich und sinnvoll sei.

So begann 1984 eine immer intensiver werdende Auseinandersetzung um SDI. Wirkliche Prominenz gewann SDI Anfang 1985 durch die Tatsache, dass die Sowjetunion wieder zu den Genfer Rüstungskontrollverhandlungen zurückkehren wollte unter der Bedingung, dass auch über SDI verhandelt werde. In Washington herrschte die Meinung vor, die Rückkehr der UdSSR an den Verhandlungstisch sei vorwiegend durch die Abneigung gegenüber SDI motiviert. Ob die primären Motive militärischer oder wirtschaftlicher Natur waren, blieb offen. SDI erwies sich als Trumpfkarte für die amerikanische Regierung. Die Tatsache, dass die sowjetische Regierung SDI ernst nahm, gab der Regierung Reagan einen verhandlungspolitischen Hebel in die Hand, und das war wichtiger als die Zweifel vieler namhafter Wissenschafter an der technischen Realisierbarkeit. Auch von der Modifikation des SDI-Gesamtkonzepts durch die eigenen Strategen wollte Reagan nichts hören. Er strebt weiterhin nach einem dichten Schutzschild gegen ballistische Nuklearwaffen und weigert sich, das Konzept auf den Schutz der nuklearen Vergeltungswaffen zu reduzieren und damit «nur» die Abschreckung zu verstärken.

Trotz intensiver Aktivität vieler Forscherteams unter der koordinierenden Leitung des SDI-Office unter General Abrahamson ist SDI auch heute noch alles andere als ein ausgereiftes Verteidigungskonzept. Die Abklärungen sind noch nicht einmal so weit gediehen, dass eine Grundsatzentscheidung für oder gegen den Bau von SDI getroffen werden könnte. Aber auch wenn die USA schliesslich auf die Aufstellung einer voll ausgebauten, mehrstufigen strategischen Raketenabwehr verzichten sollten — wofür einige gewichtige Gründe sprechen —, wird sich SDI durch seine politische Hebelwirkung, seine technologischen Folgen und seine möglichen strategischen Implikationen als wichtiges sicherheitspolitisches Element der Reagan-Zeit erweisen.

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Mit Reykjavik (Oktober 1986) rückte SDI ganz ins Zentrum auch der internationalen Rüstungskontroll-Debatte, vor allem als Reagan das umfassende Abrüstungspaket ablehnte, das Gorbatschow vorgeschlagen hatte, u.a. weil es den Verzicht auf SDI-Tests erfordert hätte. Die westliche Öffentlichkeit reagierte zum Teil mit Vorwürfen an die Adresse Reagans ob der verpassten historischen Chance. Aber gestützt auf den bisherigen Verlauf der Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen konnte Reagan annehmen, dass der Durchbruch zu einem für ihn befriedigenden Abkommen nicht von einer punktuellen Begegnung abhängen würde. Schliesslich hatte er selber 1981 in einem Brief an Breschnew die Null-Lösung für Mittelstreckenwaffen in Europa vorgeschlagen, ohne damals in der Öffentlichkeit mehr als Kritik für einen (absichtlich?) zu weit gehenden und deshalb unrealistischen Vorschlag zu ernten[22]. Die plötzliche Wiederaufnahme dieser Idee durch Gorbatschow anlässlich des «Vorgipfels» von Reykjavik gab nun den ganzen Abrüstungsverhandlungen, die sich bis dahin ergebnislos dahingeschleppt hatten, eine völlig neue Perspektive.

Wie waren diese Vorschläge aus

Moskau einzuschätzen? Intensive Diskussionen um die Person, die Vertrauenswürdigkeit und die Standfestigkeit Gorbatschows gegenüber der Opposition im eigenen Land wurden geführt. Indessen mussten Gorbatschow wie Reagan aus innenpolitischen Gründen an einem Erfolg der Verhandlungen interessiert sein.

Die Offerte aus Moskau kam am 28. Februar 1987. Mit dem Vorschlag, die sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa zu reduzieren und später zu eliminieren, sollte sie eine gute Ausgangslage schaffen für spätere Abkommen über Kurzstreckenwaffen, ICBM's und die Verhinderung von SDI. Der amerikanische Gegenvorschlag wurde am 4. März der 7. Runde der Abrüstungsverhandlungen in Genf vorgelegt und enthielt die Forderung, gleichzeitig mit den Mittelstreckenwaffen auch die Kurzstreckenwaffen zu begrenzen und später abzubauen.

Die europäische Öffentlichkeit reagierte im ganzen positiv. Es blieb der Bonner Regierung, dem per Juni 1987 ausscheidenden NATO-Oberkommandierenden General Rogers und Henry Kissinger überlassen, auch auf die gefährlichen Aspekte aufmerksam zu machen, wogegen die amerikanische Regierung und der bisher besonders intransigente Gegner der Sowjets, Richard Perle, als Befürworter der doppelten Null-Lösung auftraten[23].

Die Rolle Europas

Da die eigentlichen bzw. längerfristigen Absichten der sowjetischen Führung schwer abzuschätzen sind, gilt das gleiche für die längerfristigen Folgen eines solchen Abkommens für Westeuropa und für die transatlantische Interessen und Verteidigungsgemeinschaft. Erneut wird von «Abkoppelung» gesprochen. Erneut wird auf die Asymmetrie der konventionellen Kräfte von Warschauer Pakt und NATO aufmerksam gemacht, die bisher durch nukleare Elemente ausgeglichen wurden. Sicher ist, dass in der Phase der Verflüssigung und Dynamisierung bisher leidlich stabiler Verhältnisse die NATO-Staaten in Westeuropa deutlicher als bisher in die Rolle eines autonomen Partners der USA hineinwachsen müssen. Das Kokettieren mit der Rolle einer unabhängigen Grösse zwischen den Supermächten wäre gefährlich.

Es kann für Europa keine politische, keine ideologische und vor allem keine sicherheitspolitische Äquidistanz geben, solange die grundlegenden Werte einer offenen Gesellschaft von der Sowjetunion abgelehnt und bekämpft werden.

Die allzu ausschliessliche sicherheitspolitische Ausrichtung der USA auf Europa ist gerade von der Administration Reagan gerügt worden. Eine Fähigkeit zu globaler Kriegführung war das anfänglich gesteckte Ziel. Aber der Begriff der horizontalen Eskalation tauchte nach seiner Erwähnung im ersten Jahresbericht des Verteidigungsministers nicht mehr auf, und die Realität des Verlaufs der einzigen wirklich bedeutungsvollen direkten Konfrontationslinie zwischen den Supermächten durch Europa hindurch brachte auch die Administration Reagan dazu, Europa mit besonderer Aufmerksamkeit zu behandeln. Das Ausscheiden von Neuseeland aus dem ANZUS-Pakt, das schrittweise Fussfassen sowjetischer Interessen im Südpazifik, verbunden mit dem Weiterausbau der sowjetischen Pazifikflotte (samt logisti-

scher Basis) blieb abgesehen von Fachkreisen fast unbeachtet.

Abrüstung als Frucht der Anstrengungen?

In ihrer letzten Phase steht die Administration Reagan an einem entscheidenden Punkt. Sie hat die Streitkräfte der USA modernisiert und die Verteidigungsfähigkeit der USA personell, materiell und organisatorisch klar verbessert. Sie steht jetzt im Begriff, ein umfassendes Abrüstungsabkommen mit der Sowjetunion zu schliessen: ist das nun die eigentliche Frucht ihrer Anstrengungen, oder will sie aus inneren Gründen wieder einen — gerade von dieser Mannschaft nicht erwarteten — Wechsel des Sicherheitskonzeptes vollziehen? Der ehemalige Präsident Nixon und sein Sicherheitsberater und Aussenminister Henry Kissinger warnen vor einer Denuklearisierung Europas, weil sie einen konventionellen Krieg wieder möglich(er) machen würde[24]. Der als Spitzenfunktionär im Verteidigungsministerium zurückgetretene Richard Perle hingegen bezeichnete den Abschluss eines Vertrages über die Ausmerzung *aller* nuklearen Gefechtsköpfe für Mittelstreckenwaffen in Europa und unter Einschluss scharfer Kontrollmassnahmen als «Qualitäts-Rüstungskontrolle»[25]. Ein solches Abkommen wäre nicht gleichbedeutend mit der völligen «Denuklearisierung» Europas, da noch genügend andere Nuklearwaffen kleinerer Kaliber zur Kompensation fehlender konventioneller Stärke blieben. Das Abkommen wäre auch kein konzeptioneller Durchbruch, machte er geltend, kein Wechsel des Sicherheitsparadigmas, kein Triumph von Verhandlungen über die Konfrontation, sondern das Resultat von mehrjähriger sorgfältiger Arbeit und der Standfestigkeit von Präsident Reagan mit einer realen Verbesserung der Sicherheitssituation.

Es gilt als wahrscheinlich, dass ein weitgehendes Abkommen über nukleare Abrüstung in Europa zustande kommt. Die politischen Kontroversen darüber haben — besonders in der Bundesrepublik — hohe Wellen geworfen. Für Europa kann wohl vorausgesagt werden, dass sich die sicherheitspolitische Situation dadurch im strategischen Sinne nicht verbessert. Es mag gefühlsmässig beruhigend sein, wenn die Zahl der nuklearen Gefechtsköpfe an der exponiertesten Grenzlinie zwischen den beiden Supermächten abnimmt. Aber «sicherer» kann sich Europa deswegen noch lange nicht fühlen. Und Europa wird mit Gewissheit in Zukunft grössere Eigenleistungen zu seiner Verteidigung aufzubringen haben.

Für die USA sieht die Bilanz etwas anders aus. Neben einer Rundum-Verstärkung der konventionellen Streitkräfte hat die Administration Reagan sich mit einem Abkommen über die Elimination der Mittelstreckenraketen in Europa die Palette möglicher Reaktionsweisen bei einer militärischen Auseinandersetzung in Europa wieder etwas ausgeweitet. Der Automatismus, der in der Verzahnung der europäischen Mittelstreckenwaffen mit den Interkontinentalsystemen der Supermächte angelegt war, ist damit — unter Beifall der europäischen Öffentlichkeit — aufgehoben worden. Zwar bleibt Europa aus den traditionellen geostrategischen Gründen (grosses Industriepotential und grosses Reservoir an gut ausgebildeten Facharbeitern) Amerikas wichtigster Verbündeter. Aber Amerikas Sicherheit ist jetzt nicht mehr

durch einen so engen Automatismus mit dem Schicksal dieser «Frontzone» verbunden. Amerika hat seine strategischen Optionen vermehrt. Durch die Elimination der engen Koppelung gewinnt Amerika aber auch die Möglichkeit, die europäischen Verbündeten zugunsten der gemeinsamen Interessen und der gemeinsamen Sicherheit vermehrt in die Pflicht zu nehmen. Europa wird sich noch nach der relativen Behaglichkeit des Daseins unter dem amerikanischen Nuklearschirm sehnen.

Ist Amerika sicherer als 1980?

Eine vorläufige Bilanz der sicherheitspolitischen Errungenschaften der Ära Reagan hat — neben dem nicht nur den Verteidigungsausgaben anzulastenden Minuspunkt der gewaltigen Staatsverschuldung — zwei Pluspunkte zu verbuchen: erstens die allgemeine Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Streitkräfte, und zweitens — durch den wahrscheinlichen Abschluss eines nuklearen Abrüstungsabkommens — die Verminderung der Gefahr, direkt in einen in Europa ausbrechenden nuklearen Krieg hineingezogen zu werden. Das sicherheitspolitische Konzept der unausweichlichen Konfrontation scheint sich zum Vorteil der USA ausgewirkt zu haben.

Die sicherheitspolitische Entwicklung unter dem nächsten amerikanischen Präsidenten wird aber wesentlich von den Entwicklungen in der Sowjetunion abhängen. Erst in längerfristiger Perspektive wird es sich erweisen, ob die Administration Reagan in ihrer Bereitschaft zum Abschluss von Abrüstungsabkommen sich nur mit vorübergehenden Veränderungen im sowjetischen Mienenspiel auseinandersetzte oder ob die Sowjetunion in ihren Sicherheits- und Machtansprüchen bereit war, echte Konzessionen zum Vorteil der wirtschaftlichen Entwicklung des eigenen Landes und zugunsten einer unteilbaren Sicherheit von Ost und West zu machen.

Kurt R. Spillmann

[1] Zum allgemeinen Hintergrund der amerikanischen Sicherheitspolitik vgl. Jordan, Amos A. und Taylor, William J., Jr., American National Security, Policy and Process, Baltimore/London 1981; sowie Spillmann, Kurt R., Aggressive USA? Amerikanische Sicherheitspolitik 1945—1985, Stuttgart 1985. — [2] Reagan, Ronald, National Security Strategy of the United States, Washington D.C. January 1987, S. 41. — [3] Vgl. dazu die breit dokumentierte Darstellung von Kubbig, Bernd W., Gleichgewicht oder Überlegenheit, Amerikanische Rüstungskontrollpolitik und das Scheitern von SALT II (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), Campus Verlag, Frankfurt/New York 1984. — [4] Haffa, Robert P., Jr., The Half War, Planning U.S. Rapid Deployment Forces to Meet a Limited Contingency, 1960—1983, Boulder und London 1984, S. 227ff. — [5] Weinberger, Caspar W., Annual Report to the Congress, Fiscal Year 1983, Washington 1982; Auszüge in deutscher Übersetzung in: Europa Archiv (zitiert: EA) 15 (1982), S. D 353—D 384. — [6] Vgl. dazu die Angaben im Weissbuch 1983, Zur Sicherheit der Bundesrepublik, S. 22—24. Zu diesem vitalen eigenen Bedürfnis nach Aufrechterhaltung offener Seeverbindungen und Zugänge zu den Rohstoffquellen trat die Bedrohung dieser Verbindungen durch eine aus amerikanischer Sicht überdimensionierte (weit über defensive Bedürfnisse hinausgehende) Aufrüstung der vier sowjetischen Hochseeflotten und eine expansive sowjetische Stützpunktpolitik mit Aussenposten im Indischen Ozean und in Indochina (Aden, Cam Ranh Bay). — [7] EA 15 (1982) S. D 372—D 376. — [8] Vgl. Archiv der Gegenwart (zitiert AdG) 1981, S. 25095ff. — [9] Präsident Reagan hob 1981 insbesondere

den sowjetischen Vorsprung im Bereich der nuklearen Mittelstreckenwaffen heraus, AdG 1981, S. 25097. — [10] Präsident Reagan erklärte am 18. November 1981: «Die amerikanische Konzeption vom Frieden geht weit über den reinen Nichtkriegszustand hinaus. Wir haben ein blühendes Wachstum und die Freiheit des einzelnen in einer Welt des Friedens vor Augen... Es gibt keinen Grund, warum Menschen in irgendeinem Teil der Welt in ständiger Furcht vor dem Krieg oder dem Gespenst eines Krieges leben müssten... Ich bin der Ansicht, dass jetzt der richtige Zeitpunkt ist, auf dem Wege zur Rüstungskontrolle und zur Lösung kritischer regionaler Streitfälle am Verhandlungstisch voranzuschreiten.» AdG 1981, S. 25097. Vgl. zur geschichtlichen Dimension dieser Tradition Spillmann, Kurt R., Amerikas Ideologie des Friedens; Ursprünge, Formverwandlungen und geschichtliche Auswirkungen des amerikanischen Glaubens an den Mythos von einer friedlichen Weltordnung, Bern/Frankfurt/New York 1984. — [11] Vgl. die immer ähnliche Sprache z.B. in den verschiedenen Jahresberichten von Verteidigungsminister Weinberger an den Kongress. — [12] Zum Beispiel Record, Jeffrey, Jousting with Unreality, Reagan's Military Strategy, in: Miller, Stephen E. (ed.), Conventional Forces and American Defense Policy, An International Security Reader, Princeton N.J. 1986, S. 63—78. — [13] Booth, Ken und Phil Williams, Fact and Fiction in U.S. Foreign Policy: Reagan's Myths about Detente, in: World Policy Journal, Summer 1985, S. 501—532. — [14] Gemäss unveröffentlichten Angaben des Congressional Budget Office. — [15] Verteidigungsausgaben in Milliarden Dollar (konstante 1987-Dollars, nach unveröffentlichten Angaben des Congressional Budget Office, Washington D.C.) und als Anteile am Bruttosozialprodukt (nach Weinberger, Caspar W., Annual Report to the Congress, Fiscal Year 1988, S. 327):

1970	235.7	7,8%	1979	196.8	4,7%
1971	213.7	7,0%	1980	201.2	5,0%
1972	206.3	6,5%	1981	226.2	5,2%
1973	197.0	5,7%	1982	253.4	5,8%
1974	187.5	5,5%	1983	275.3	6,2%
1975	181.0	5,6%	1984	289.1	6,0%
1976	190.5	5,2%	1985	309.4	6,2%
1977	199.8	4,9%	1986	297.8	6,4%
1978	198.1	4,7%	1987	289.7	6,2%

— [16] Vgl. Pordzik, Wolfgang, Amerikanische Rüstungspolitik im Widerstreit, Die Auseinandersetzungen um Verteidigungsbudget und strategisches Konzept, in: EA 13/1983 S. 381—390; dazu auch IISS, The Military Balance 1986—1987, London 1986, S. 16—19. — [17] Eine gute Übersicht über den Modernisierungsprozess gibt Binkin, Martin, Military Technology and Defense Manpower, Washington D.C. 1986, S. 23—34; Basisinformationen dazu in den Jahresberichten des Verteidigungsministers an den Kongress (Weinberger, Casper W., Annual Report(s) to the Congress, Fiscal Year(s) 1982—1988) sowie United States Military Posture FY(s) 1982—1988, Prepared by The Organization of the Joint Chiefs of Staff. — [18] So Reagan in seiner Fernsehrede vom 27. Oktober 1987. — [19] Rosenfeld, Stephen S., The Guns of July, in: Foreign Affairs 64/4, 1986, S. 698—714; für eine liberale Kritik vgl. Hansen, Roger D., The Reagan Doctrine and Global Containment: Revival or Recessional, in: SAIS Review 1987/1, S. 39—66; für eine konservative Kritik vgl. Codevilla, Angelo, The Reagan Doctrine — (As Yet) A Declaratory Policy, in: Strategic Review, XIV/3, Summer 1986, S. 17—26. — [20] Reagan am 16. Oktober 1981 und Aussenminister Haig am 4. November 1981, vgl. Archiv der Gegenwart 1981, S. 25013 und 25095. — [21] Vgl. Schmidt, Helmut, Eine Strategie für den Westen, Berlin 1986; Weidenfeld, Werner, Neuorganisation der Sicherheit Westeuropas, Ein Beitrag zur aktuellen Diskussion, in: EA 9/1987 S. 259—268. — [22] Rede Reagans vor dem National Press Club, in: Public Papers of the Presidents of the United States, Ronald Reagan, 1981, Washington 1982, S. 1062—1067. — [23] Perle, Richard, In defense of the zero option, in: U.S. News & World Report, May 25, 1987, S. 36/37. — [24] Nelson, Jack, Kissinger, Nixon Wary Of Arms Pact, in: International Herald Tribune, 27. April 1987. — [25] Perle, Richard, a.a.O. S. 36/37.